

Presseinformation

Nr. 16/2012

Berlin/ Worms, 19.06 2012

Baustelle Pflegeversicherung – eine Stellungnahme

Die Bemühungen der Bundesregierung einer wirksamen Diagnose und Therapie der Pflegeversicherung sind gescheitert. Die Pflegeversicherung und damit die Versorgung/ Behandlung/Betreuung der Pflegebedürftigen stehen vor dem Kollaps, so das Fazit des Präsidenten der DGVP e.V. für Gesundheit Wolfram-Arnim Candidus.

„Mittlerweile wird es sogar makaber – man betrachte nur das Beispiel der nun beschlossenen Zuschüsse von 5 Euro pro Monat in eine sogenannte „Bahrsche“ private Pflegezusatzversicherung nach dem Modell der Riester Rente“, führt Candidus weiter aus.

Der Spiegel hat hochgerechnet, dass nach 30 Jahren Ansparungen zu je 5 Euro/ Monat bei zwei Prozent Verzinsung ein Volumen von 2.483 Euro für die Nutzung von Pflegeleistungen zur Verfügung stehen würde (Ausgabe 24/2012, Seite 13). Bei den jetzigen Konditionen im Jahr 2012 reicht das gerade mal für ca. einen Monat stationärer Pflege. Selbst eine Ausweitung im Eigenanteil auf 45 Euro im Monat kann der Pflegebedürftige nach 30 Jahren über eine Summe von maximal 40.000 Euro verfügen. Diese Summe wäre im Fall eines Aufenthalts in einer stationären Einrichtung nach spätestens 2 Jahren aufgebraucht - unter Berücksichtigung der sonstigen Leistungen der Pflegeversicherung.

„Die 5 Euro-Strategie der Koalition oder des Ministers Bahr ist schlicht sinnlos“, resümiert Candidus.

„Was wir wirklich brauchen ist die zügige Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs, mehr Unterstützung für die Angehörigen der Pflegebedürftigen, mehr Zeit für die Erfüllung des täglichen Pflegebedarfs, eine Reform der Pflegeausbildung und eine strukturelle Vernetzung zur Versorgung/ Behandlung/ Betreuung der Berufsgruppen und Institutionen auf regionaler Ebene“, fordert der DGVP-Präsident.

„Es gibt viel zu viele Schnittstellenbrüche – hieran muss gearbeitet werden, um die vorhandenen personellen, technischen und finanziellen Ressourcen sowie Qualifikationen effektiv nutzen zu können. Mit mehr Geld können die bestehenden und zukünftigen Probleme der Versorgung/ Behandlung/ Betreuung alleine nicht gelöst werden. Alle Berufsgruppen und Institutionen müssen gemeinsame Lösungen erarbeiten und realisieren und damit in Wettbewerb treten.“

Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder zurückgeführt werden in die Einbindung einer sich solidarisch ausgerichteten Versorgung/Behandlung/Betreuung. Eigeninteressen einzelner Gruppierungen dürfen nicht im Vordergrund stehen, vielmehr muss die Orientierung auf das Gemeinwohl realisiert werden. Die Impulse und Anreize dazu müssen von den politischen Mandatsträgern kommen, nicht jedoch die Vorschriften für die operative Umsetzung.

Nach Überzeugung von Candidus muss die Trennung zwischen Kranken- und Pflegeversicherung wieder aufgehoben werden, um die Vernetzung der Strukturen und die Nutzung der bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen effektiv zu gestalten.

Pressestelle DGVP e.V. für Gesundheit

Tel: 06247-904 499 7

Fax: 06247-904 499 9

presse@dgvp.de

www.dgvp.de

freigegeben zur Veröffentlichung